

[Adler einfügen]

Mitglieder des Bundestages

Dr. Lale Akgün (SPD)
Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen)
Martin Dörmann (SPD)
Ursula Heinen (CDU)
Dr. Werner Hoyer (FDP)
Ursula Lötzer (Linke)
Dr. Rolf Mützenich (SPD)

Köln, den 25. September 2006

P R E S S E M I T T E I L U N G

Die Kölner Bundestagsabgeordneten trafen den Personalvorstand der Allianz

Gemeinsame Initiative für den Standort Köln – betriebsbedingte Kündigungen sollen vermieden werden

Am Samstag, den 22. September 2006 trafen die Kölner Bundestagsabgeordneten aller Parteien gemeinsam Ulrich Schumacher, Personalvorstand der Allianz-Deutschland AG, sowie Lothar Landgraf, Leiter der Unternehmenskommunikation, um über die Zukunft des Kölner Allianz-Standortes zu sprechen. An dem Gespräch nahmen die Kölner Bundestagsabgeordneten Dr. Lale Akgün, Volker Beck, Martin Dörmann, Ursula Heinen, Dr. Werner Heuer, Ursula Lötzer und Dr. Rolf Mützenich teil. Koordiniert wurde das Treffen von Ursula Heinen und Martin Dörmann.

Der Konzern plant, bis zum Jahr 2008 das gesamte Unternehmen derart umzustrukturieren, dass die bisherigen Spartenversicherungen (ohne Industrieversicherungen) in einer Deutschland AG zusammengefasst werden und durch vier regionale Repräsentanzen vertreten werden. Im Zuge dieser Umstrukturierung soll der Kölner Standort in der jetzigen Form geschlossen werden. Betroffen sind 1.800 Arbeitsplätze. Lediglich die Bereiche Industrieversicherungen sowie Vertriebsunterstützung sollen mit etwa 200 Mitarbeitern in Köln verbleiben, ebenso die im Kölner Umland ansässige Schadensregulierung mit etwa 100 Arbeitsplätzen.

Personalvorstand Ulrich Schumacher erläuterte die Planungen des Unternehmens und versicherte im Gespräch, Ziel des Konzerns sei es, die Umstrukturierung ohne betriebsbedingte Beendigungskündigungen zu erreichen. Mehrere Instrumente seien denkbar, angefangen von Altersinstrumenten über Versetzungen innerhalb des Konzerns bis hin zu Übernahmen im Außendienst der Allianz bzw. der selbständigen Versicherungsagenturen. Sobald der Gesamtbetriebsrat das angekündigte Gegenkonzept zur Umstrukturierung des Unternehmens fertig gestellt habe (etwa Ende Ok-

tober), werde man sich zunächst zusammensetzen und miteinander über Alternativvorschläge diskutieren.

Die Kölner Bundestagabgeordneten setzten sich in dem Gespräch für die Interessen der Beschäftigten ein und äußerten Kritik an Umfang und Zeitachse der Unternehmenspläne zum Personalabbau. Sie warben zugleich für das Verbleiben eines möglichst starken Allianz-Standortes in Köln. Das vom Gesamtbetriebsrat bei Unternehmensberatungen in Auftrag gegebene Alternativkonzept zur Umstrukturierung des Konzerns solle von der Unternehmensleitung unvoreingenommen überprüft werden. Vorrang müssten Lösungen haben, die den Personalabbau sozial verträglich gestalten und betriebsbedingte Kündigungen vermeiden.

Sobald das Konzept vorliegt, wird ein erneutes Gespräch zwischen Ulrich Schumacher und den Kölner Bundestagsabgeordneten stattfinden, voraussichtlich im November 2006.